

Aus dem Wortprotokoll der 40. Plenarsitzung am 27.1.2005

TOP 10: Umsetzung des Schulentwicklungsplans für berufliche Schulen

Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Renate Wolter-Brandecker:

Vielen Dank, Frau Stadträtin Ebeling!

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion hat als erste den Antrag zur Tagesordnung I gestellt. Vor der Abstimmung werde ich gemäß § 15 der Geschäftsordnung die mir vorliegenden Voten der Fraktionen bekannt geben. Zunächst hat Frau Stadtverordnete Weber von der SPD-Fraktion das Wort.

Stadtverordnete Sylvia Weber, SPD:

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin, meine Damen und Herren!

Was die Kinder wollten, war eine Schaukel. Ein Ast an einem Baum, mit zwei Seilen daran und ein Brett unten quer. Einfach, kostengünstig und langlebig. Dann kam der Architekt und nahm das Seil weg, weil er eine asymmetrische Konstruktion besser und schöner fand. Dann kam der Statiker und zog einen Stützbalken ein, damit niemand hinten herunterfallen könnte. Danach kam der Controller und sparte noch das Brett ein, weil Holz zu teuer für eine Kinderschaukel sei. Das Ergebnis war, ein Ast, ein Seil und ein Stützbalken. Nichts jedenfalls, womit man hätte schaukeln können.

So und nicht anders verhielt es sich in den letzten drei Jahren mit dem Schulentwicklungsplan B. Was wir wollten, war eine Neuordnung der Berufsschulen, die der veränderten Nachfrage - weg von den gewerblichen hin zu den kaufmännischen Berufen - hätte Rechnung tragen können. Sie sollte außerdem - Frau Stadträtin Ebeling hat es schon ausführlich erwähnt - Platz schaffen für diejenigen Schulen, die überfüllt sind, die Zahl der Dependancen verringern, eine Bereinigung der Berufsfelder vornehmen und die Chancen der Schüler in den besonderen Bildungsgängen

verbessern. Wir hatten die Vorstellung, dass Schüler mit besonderem Förderbedarf in ihren neuen Schulen nicht nur eine größere Auswahl von Bildungsgängen vorfinden würden, sondern auch, dass die Schulen über eine größere Zahl von Kontakten zu Unternehmen verfügen und es daher leichter sein würde, auch die nicht so guten Schüler in Praktikum und Ausbildung zu vermitteln. Natürlich hofften wir, dass sich über neue Freundschaften eine Verbesserung der Motivation einstellen würde. Kurz gesagt, wir wollten 16 integrierte Berufsschulen.

Uns war damals schon klar, dass dies einen zusätzlichen Aufwand bedeuten würde, vor allem, um an jeder Schule Sprachförderung, Integrationsberatung und Schulsozialarbeit zu installieren, um die notwendige Bereitschaft bei Kollegium und Schulleitung zu stärken, sich mit neuen Konzepten und schwierigen Schülern auseinander zu setzen und die erforderliche Fortbildung und den Erfahrungsaustausch zu organisieren. Aus dem Stadtschulamt kam lange Zeit das Signal, dies sei kein Problem, das Geld sei vorhanden beziehungsweise werde rechtzeitig in den Haushalt eingestellt. Doch was bekamen wir dann mit der ersten Fassung des Schulentwicklungsplans im Jahr 2001? Nichts von all dem. Ein Koordinierungszentrum, ein Wasserkopf mit fünf Leuten sollte es geben, gut situiert im Bildungszentrum Ostend und möglichst weit weg von den renitenten Schülern.

Sehr geehrte Frau Dezernentin, es mag Ihnen vielleicht Spaß machen, den Herrschaften der EZB mit ihrer Hochschule für Bankwirtschaft nicht nur die Bethmannschule und die Volkshochschule, sondern auch noch die Beratungskompetenz in Sachen Schulprobleme vor die Haustür zu stellen, aber mit Verlaub, das ist nicht Aufgabe des Schulentwicklungsplans.

(Zurufe)

Hören Sie besser zu!

Wenn es überhaupt eine Beratungs- und Koordinierungsstelle geben sollte, dann gehört sie dahin, wo sie gebraucht wird, nämlich in eine Schule mit benachteiligten Schülern. Das Geld, das angeblich vorhanden sein soll, besteht aus drei Haushaltsposten, die schon heute für Schulsozialarbeit verplant sind - zum Beispiel an der Elly-Heuss-Knapp-Schule. Die immer wieder angekündigte Aufstockung im Haushalt 2005/2006 ist nicht erfolgt. Die Frau Dezernentin sagt, es seien doch genügend Einrichtungen vorhanden, die sich um Jugendliche kümmern, so zum Bei-

spiel der Allgemeine Sozialdienst, das Arbeitsamt, die Kammern und Verbände, die Jugendgerichtshilfe et cetera.

Frau Dezentantin, Sie glauben doch nicht ernsthaft, dass diese Einrichtungen, die alle unterschiedlichen Trägern angehören, sich von Ihrem Koordinierungszentrum koordinieren lassen, zumal, wenn Sie kein Geld dafür bereitstellen. Sie haben bei der Erstellung des Schulentwicklungsplans weder das Zentrum für Erziehungshilfe, noch das Netzwerk Jugend und Arbeit, noch eine der anderen Einrichtungen eingebunden. Sie benutzen sie nur als Alibi, um sich eines Problems zu entledigen, auf das Sie keine Lust haben.

(Beifall)

Nachdem die Kämmerei zu Recht die fehlende Kostenberechnung angemahnt hatte, wurde der Schulentwicklungsplan überarbeitet, und die Dezentantin rühmte sich anschließend in der Frankfurter Rundschau, dass nun das gesamte Umzugskarussell statt 20 Millionen Euro nur noch zwei Millionen Euro kosten würde. Wem sollen wir das bitte erklären? Eine Stadt, die laut darüber nachdenkt, Milliarden von Geldern in die Zufahrt zu einem Unterwasserparkhaus zu investieren und gleichzeitig gerade einmal zwei Millionen für ihre 18 Berufsschulen übrig hat, ist auch noch stolz darauf, ein echtes Schnäppchen gemacht zu haben. Ich weiß, Geiz ist geil, aber wenn wir etwas aus Pisa gelernt haben, dann doch hoffentlich, dass es keinen Sinn macht, auf Kosten der Zukunft unserer Kinder zu sparen.

(Beifall)

Etwas resigniert und ernüchtert stellen wir nun nach dem jahrelangen Gezerre um den Schulentwicklungsplan fest, dass unsere ursprüngliche Idee auf halbem Weg stecken geblieben ist. Zu Recht beklagen die Bergiusschule und die Wilhelm-Merton-Schule, dass sich ihre Situation nach den neuen Planungen kaum verbessert und in mancher Hinsicht sogar verschlechtert hat. Zu Recht beklagen auch die Gewerkschaft und die Personalräte, dass die angestrebten Ziele der Berufsfeldbereinigung und der Auflösung der Dependancen nicht oder nur in Teilen erreicht worden sind. Sie wundern sich vielleicht, warum die SPD dem Schulentwicklungsplan dennoch zustimmt.

(Zurufe)

Das habe ich mir gedacht.

Wir sind zwar auf halbem Wege stecken geblieben, wir sind aber auch schon den halben Weg vorangekommen. Denn trotz aller Kritik verdienen es auch die Schülerinnen und Schüler der anderen Berufsschulen, dass ihr Bedürfnis nach einer angemessenen Lernumgebung ernst genommen wird. So wurde bereits in den letzten Jahren die Sanierung der Gutenbergschule und der Umzug der Frankfurter Schule für Bekleidung und Mode realisiert. Beides Vorhaben, die seit 20 Jahren auf der Warteliste standen. Für die Bethmannschule, die Julius-Leber-Schule, die Friedrich-Stoltze-Schule und die Franz-Böhm-Schule wird die Raumsituation verbessert. Die Heinrich-Kleyer-Schule wird im Rahmen des PPP-Programms ausgebaut und wäre dann noch in der Lage, die Koordinierungsstelle aufzunehmen. Die Paul-Ehrlich-Schule und die Werner-von-Siemens-Schule erhalten zusätzliche Bildungsgänge und können in der Chemie und der Informationstechnik Schwerpunkte bilden. Last but not least gehen wir nach wie vor davon aus, dass nach der Zustimmung zu unserem Antrag auch die Betreuung der Benachteiligten auf einen guten Weg kommen wird.

In dem gemeinsamen Antrag von SPD und CDU unternimmt meine Fraktion heute den vierten Versuch, dem Schuldezernat die Mindestvoraussetzungen vorzugeben, die für das Gelingen der verteilten Benachteiligtenförderung unabdingbar sind. Dazu gehört die Bildung von Kompetenzteams vor Ort an mindestens sechs Schulen, die wir schon im letzten Jahr auf Antrag der SPD beschlossen haben. Dazu gehört auch das Geld, liebe Frau Ebeling. Das kann man nicht einfach nur beschließen, das muss man dann auch bezahlen.

(Beifall)

Die Bereitstellung von Schulsozialarbeit, die Verlegung der Koordinierungsstelle an eine Berufsschule, die Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Erziehungshilfe und den anderen Trägern der Jugendhilfe, Fortbildungsmaßnahmen, Erfahrungsaustausch und der Verbleib der EIBE-Klassen der Elly-Heuss-Knapp-Schule an ihrem bisherigen Standort. Unter diesen Voraussetzungen - und nur unter diesen Voraussetzungen - können wir der geplanten Verlagerung der besonderen Bildungsgänge zustimmen.

Die SPD-Fraktion stimmt daher der Vorlage M 227 im Rahmen ihres Antrages NR 1664 zu. Sie lehnt die Anträge NR 1674, NR 1693 und NR 1694 ab und gibt die OA 1827 zur Erledigung im vereinfachten Verfahren.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch einmal Vaclav Havel zitieren, der einmal gesagt hat:

„Hoffnung ist die Gewissheit, dass etwas einen Sinn hat, ohne Rücksicht darauf, wie es ausgeht.“

(Beifall, Zurufe)

Wir halten an dem Schulentwicklungsplan B fest, weil wir nach wie vor glauben, dass es der richtige Weg ist und langfristig alle Schulen integrierte Schulen in unserem Sinne sein sollten, auch wenn die Entwicklung dahin ein paar Jahre dauert. Die Umsetzung liegt nun in der Hand der Schuldezernentin. Hoffen wir also, dass sie den kommenden Umsetzungsmaßnahmen deutlich mehr Engagement und Herzblut entgegenbringt als der bisherigen Planung.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)